

Bundesratsparteien : Sicherheitspolitische Kernbotschaften

Autor(en): **Wirz, Heinrich**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **170 (2004)**

Heft 9

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-69286>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bundesratsparteien: Sicherheitspolitische Kernbotschaften

Ein zusammenfassender Überblick

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) befürwortet eine risikobasierte Weiterentwicklung der Armee. Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) verlangt, dass der Bund ausreichende Finanzen für genügend Rüstungsgüter zur Verfügung stellt. Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz (FDP) will, dass die Armee XXI jetzt in ihrer geplanten Gliederung umgesetzt wird. Die Schweizerische

Volkspartei (SVP) fordert, die Planungsmängel der Armee XXI zu beheben und die Information der Truppe zu verbessern. Die Stellungnahmen der Bundesratsparteien und ihrer Fraktionen zum Einsatz der Armee in der inneren Sicherheit, zu einem allfälligen Sicherheitsdepartement und zum Rüstungsprogramm 2004 bleiben hier ausgeklammert.

Heinrich Wirz*

SPS

Die SPS steht der Notwendigkeit einer Schweizer Armee grundsätzlich kritisch gegenüber und legt ihr Schwergewicht bei Konflikten auf die zivilen Mittel der Vorbeugung, der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus. Sie geht von hauptsächlich Bedrohungen nicht militärischer Art und von Vorwarnzeiten für traditionelle Kriege in Europa von mindestens zehn Jahren aus. Sie unterstützt den Aufbau eines Systems der kollektiven Sicherheit unter Führung von UNO und OSZE und lehnt einen Beitritt der Schweiz zur NATO ab. Gegen Mittel- und Langstreckenraketen ist keine Erfolg versprechende technische Abwehr absehbar. Vordringlich ist eine vorausschauende Politik der Zusammenarbeit mit möglichen Raketen-Auslöserstaaten.

Der Auftrag der Armee besteht aus friedensunterstützenden Einsätzen, der Bereitschaft zur Landesverteidigung im Kriegsfall sowie der Raumsicherung mittels Luft- und Grenzpolizei. Eine bedrohungsgerechte Armee kann nicht mehr nach dem Milizsystem mit Wehrpflicht und Wehrgerechtigkeit rekrutiert werden. Eine Berufsarmee wird abgelehnt und ein Bestand von 15 000 freiwilligen Zeitmilitärs und 40 000 Reserveangehörigen vorgeschlagen. In den kommenden Jahren müssen Formen einer allgemeinen Dienstpflicht und/oder freiwilliger Dienstmöglichkeiten in der Friedens-, Sozial- und Umweltpolitik erarbeitet werden. Ausrüstung – ohne neue Kampfflugzeuge als Ersatz der «Tiger» – und Kosten sind von Armeeauftrag und -modell abzuleiten. Es ist insgesamt mit 2,5 Milliarden Franken pro Jahr zu rechnen. Im Übrigen will die SPS die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste verbessern.

Quelle: Mediendokumentation der SPS vom 23. Februar 2004 «Prioritäten in der Sicherheitspolitik für die Legislatur 2003–2007».

CVP

Die CVP will eine glaubwürdige und einsatzorientierte Milizarmee, deren Aufgaben und Mittel übereinstimmen, und lehnt eine Berufsarmee ab. Der Bund hat ausreichende Finanzen für genügend Rüstungsgüter zur Verfügung zu stellen. Die Beschaffung neuer Flugzeuge (Transportflugzeuge und Ersatz der «Tiger») muss sich auf ein entsprechendes Konzept abstützen und ist in der laufenden Legislatur nicht vordringlich. Die CVP will die Zusammenarbeit mit dem Ausland in der Ausbildung fördern («Partnerschaft für den Frieden»), diese und Truppenübungen jedoch auf kleine Verbände beschränken. Verworfen wird der Beitritt zu einem europäischen Militärbündnis und zur NATO. Die Neutralität der Schweiz muss gewahrt bleiben. Die CVP verlangt, dass die allgemeine Wehrpflicht für alle Männer durchgesetzt wird und dass nicht bald die Hälfte der jungen Schweizer sanitarisch ausscheidet.

Die CVP will die innere Sicherheit verbessern, die vollumfänglich durch den Staat wahrgenommen werden muss, und die Kriminalitätsrate senken. Das Grenzwachtkorps muss über genügend Personal verfügen. Die Strukturen der inneren Sicherheit sollen harmonisiert und der kantonsübergreifende Einsatz der Mittel ermöglicht werden. Die heutigen Polizeikonkordate sind durch neue Sicherheitskonkordate zu ersetzen, und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen ist zu verstärken. Die CVP fordert ein Demonstrationsgesetz mit vorbeugenden Massnahmen, um Personen- und Sachschäden zu verhindern, zum Beispiel Personenkontrollen und Festnahmen, Rayon- und Vermummungsverbote, Einreiseperrnen, Haftung für Schäden und Ordnungsdienst des Veranstalters.

Quelle: Legislaturprogramm der CVP-Bundeshausfraktion vom 2. März 2004, Teil «Innere und äussere Sicherheit».

FDP

Die FDP steht für eine effiziente Sicherheitspolitik und für eine glaubwürdige Landesverteidigung und Armee. Hauptziel ist es, die Armee XXI in ihren Strukturen umzusetzen und die Bildung der Formationen Bataillone und Kompanien zu einer gefestigten Truppe mit Korpsgeist zu fördern. Dazu sind die Rahmenbedingungen und das notwendige Personal für die Ausbildung zu verstärken.

Für den Auftrag «Raumsicherung und Verteidigung» ist die Aufwuchsfähigkeit durch moderne Ausrüstung und zielgerichtete Rüstungsprogramme für Ausbildung und Einsatz zu gewährleisten. Die Rekrutierung muss optimiert werden, und die militärische Miliz behält ihren Vorrang. Der Schutz des Luftraumes – zum Beispiel während internationaler Veranstaltungen in unserem Lande – hat oberste Priorität. Deshalb ist die Luftwaffe auf hohem Niveau zu halten und die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu planen, um eine zeitgerechte Ablösung sicherzustellen. Der heutige Stand bei der Friedensförderung muss mindestens beibehalten sowie eine zeitgemässe und zeitgerechte Verstärkung der Guten Dienste vorgesehen werden. Die Bereitschaft für subsidiäre Einsätze muss erhalten bleiben, jedoch so heruntergefahren werden, damit der Aufwuchs und die Ausbildung nicht darunter leidet. Die Motivation für diese Art von Dienstleistung ist bei der Truppe durch gezielte Ausbildung zu fördern.

Quelle: Arbeitspapier Nationalrat Eduard Engelberger vom 10./17. Juni 2004.

SVP

Die SVP setzt sich für eine moderne und leistungsfähige Milizarmee ein, die unser Land zu verteidigen sowie unsere Unabhängigkeit und Neutralität zu gewährleisten in der Lage ist. Sie stellt fest, dass die Armee XXI diese Aufgaben nicht oder nur ungenügend erfüllt, und fordert den Bundesrat auf, sowohl eine Zweiklas-

sen- als auch eine Berufsarmee zu verhindern. Die Schweizer Armee muss auf die Miliz und deren breite Abstützung in der zu schützenden Bevölkerung ausgerichtet sein. Die SVP befürwortete an ihrer Delegiertenversammlung vom 5. April 2003 die Armee XXI nur ganz knapp. Sie bestätigte damit, hinter der Armee zu stehen und Reformen zu unterstützen, jedoch grosse Unzulänglichkeiten der Armee XXI zu erkennen, die sich immer mehr zu Wahrheiten scheinen.

Die öffentlichen Erörterungen weiterer Umgestaltungen der Armee gefährden ihre Glaubwürdigkeit und schwächen den Wehrwillen. Der Unterbestand und die Überbelastung des militärischen Lehrpersonals in der Ausbildung erfordern dringliche Massnahmen. Zum Beispiel müssen wieder mehr Milizkader für die Ausbildung eingesetzt und die Durchführung von zwei anstatt drei Rekrutenschulen geprüft werden. Die SVP ist nach wie vor gegen die bei der Armeeführung im Vordergrund stehenden Auslandseinsätze. Alle Kräfte sind einzusetzen, um die Mängel der Armee XXI zu beseitigen und die im Vorfeld der Abstimmung vom 18. Mai 2003 gemachten Versprechungen zu erfüllen. Bei der Beschaffung von Armeematerial sind klare Prioritäten zu setzen. Mit weiteren Kampfflugzeugen ist zumindest zuzuwarten, und Transportflugzeuge stehen quer im Raum.

Quelle: Armee XXI – Standortbestimmung der SVP vom 30. Mai 2004.

* Heinrich Wirz, Oberst a D, Militärpublizist, Bundeshaus-Journalist, 3047 Bremgarten.

EDAK

Hart im Nehmen

Stanex Aluminiumkisten –
robust, ultraleicht und unschlagbar im Preis.



EDAK AG 8447 Dachsen Telefon 052 647 21 11 www.edak.ch

Investitionsschutz dank Produkteunabhängigkeit

CSC bietet Ihnen:

- langjährige Integrationskompetenz im militärischen Umfeld
- Schweizer Wurzeln bei gleichzeitiger globaler Präsenz
- produktneutrale Architektur- und Changemanagement-Beratung

